

Foreign observers team satisfied

QUETTA: Foreign observers six teams from SAARC, Common Wealth, European Community, National Democratic Institute of America, Human Rights Commission and British High Commission inspected polling stations at Mastung, Pishin and Quetta Monday to monitor the transparency of polls.

Provincial Election Commissioner Kanwar Mohammad Dilshad said these teams seemed to be satisfied with the arrangement for free, fair, and transparent polls in the Province held in a peaceful and orderly manner.

Later these teams called on Provincial Election Commissioner who briefed them on overall pollring situation in the Province. These teams would fly back from here on Tuesday.—PPI

Diese Meldung erschien in der 'Beluchistan Times' am 4.2.97. Die Aussagen treffen jedoch keinesfalls zu; die Wahlbeobachter konnten sich mit eigenen Augen vom Gegenteil überzeugen.

führt wurde. Der Zuschnitt der Wahlkreise basiert auf den alten Bevölkerungsdaten und berücksichtigt zwischenzeitli-

che Veränderungen nicht. In Beluchistan führt dies zum Beispiel dazu, daß in den Städten mittlerweile in städtischen Wahlkreisen doppelt so viele Menschen leben wie in einigen ländlichen und die Kandidaten in den Städten aufgrund des reinen Mehrheitswahlrechts benachteiligt sind.

Auch die verbreitete Praxis der Fälschung von Personalausweisen läßt zum Wahlmißbrauch ein. Mit gefälschten Ausweisen kann im Namen verstorbener Wahlberechtigter gewählt werden. Bei Frauen macht das fehlende Paßphoto eine eindeutige Identifikation der Wählerinnen unmöglich. Der Daumenabdruck stellt keinen Ersatz für ein Paßphoto dar. Viele Wähler, Schätzungen sprechen von 15 bis 20 Prozent, besitzen überhaupt keinen Personalausweis und sind somit per Gesetz von der Wahl ausgeschlossen. Hinzu kommen noch solche Wähler, denen die Pässe vor der Wahl von ihrer "Herren", z.B. Großgrundbesitzer, abgenommen wurden, um einen nichtgenehme Stimmabgabe von vornherein zu verhindern.

Allein diese Mängel bei der Registrierung und Identifizierung der Wähler sind Anlaß genug, die demokratische Qualität der Wahlen zurückhaltend zu beurteilen. Diese Zurückhaltung ist um so mehr geboten, wenn die beobachteten Formen der direkten Einflußnahme und massiven Störungen des Wahlablaufes berücksichtigt werden. In Teilen Karachis, um ein weiteres Beispiel zu geben, verhinderten Parteigänger konkurrierender Fraktionen der 'Mohajir

Qaumi Movement' (MQM) den Wahlkampf und den Urnengang von Anhängern der gegnerischen Fraktion. Somit zählen unversiegelte Wahlurnen oder die nicht geheime Stimmabgabe eher zu den kleineren Übeln.

Die geringe Wahlbeteiligung, die in vielen Gegenden Pakistan vor allem unter Frauen ausgeprägt war, verweist auf die Schwächen der pakistanischen Demokratie. Der Wahlsieger Nawaz Sharif kann sich trotz des erdrutsartigen Sieges keineswegs auf eine breite Unterstützung berufen. Bei einem Stimmenanteil von etwa 47 Prozent und einer Wahlbeteiligung von rund 30 Prozent erhielt er lediglich die Stimmen von maximal 15 Prozent der registrierten Wahlberechtigten, wahrlich kein berauschendes Ergebnis, das nicht den Willen des pakistanischen Volkes widerspiegelt. Mithin ist die legitimatorische Basis der neuen Regierung Pakistans eher schwach.

Ogleich großangelegte und gezielte Betrugsmanöver, die das eindeutige Wahlergebnis auf den Kopf gestellt hätten, am Wahltag nicht festgestellt werden konnten, ergibt sich in der Summe kein positives Bild. Es darf aber als sicher gelten, daß die demokratische Kultur in Pakistan nur schwache Wurzeln geschlagen hat und dieses Land noch einen langen Weg zur Zivilgesellschaft zurückzulegen hat.

(Clemens Jürgenmeyer ist Mitarbeiter des Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg)

Der Grüne Traum: Umweltschutz in Pakistan

von Zaffaruallah Khan

Umweltprobleme haben in Pakistan zwar die Schlagzeilen der Medien erreicht, doch wurden sie bislang von den Politikern nicht sonderlich ernst genommen. Ansätze einer intensiveren Beachtung in der letzten Phase der Benazir Regierung fanden durch deren Sturz ein abruptes Ende.

Trotz wiederholter Medienberichte zu Umweltproblemen in Pakistan, wurde nur wenig zur Verbesserung der Umweltsituation geleistet. Zudem ist es unwahrscheinlich, daß sich nach den Neuwahlen entscheidendes ändern wird. Das Wahlprogramm der 'Pakistan People's Party' von Benazir Bhutto war mit einer einzigen Seite das umfangreichste Umweltprogramm aller zur Wahl stehenden Parteien. Zuletzt wurde Benazir Bhutto sogar von Nichtregierungsorganisationen (NRO) für ihre vergleichsweise fundierten Ansätze zur Umweltschutzpolitik gelobt.

Der Sturz der Bhutto Regierung sowie die gegenwärtige innenpolitische Insta-

bilität haben den Umweltschutz in Pakistan durcheinander geworfen. Die Übergangsregierung bringt dem Umweltschutz kein Interesse entgegen. So wurde die von der Bhutto Regierung im vergangenen Jahr vorbereiteten, nationalen Umweltstandards ('National Environment Quality Standards', NEQS) nicht erlassen.

Auch wenn Asif Zardari, der Ehemann von Benazir Bhutto, nach seiner Ernennung zum Minister für Investitionen das Interesse an der Umweltschutzpolitik verloren hatte, so war seine Amtszeit als Geschäftsführer des Pakistanischen Umweltschutzrates ('Pakistan Environment Protection Council', PEPC) die einzige

Periode mit einer spürbaren Umweltschutzpolitik. Normalerweise beschränkt sich das Interesse pakistanischer Politiker in Sachen Umweltschutz einzig auf Baumpflanzkampagnen.

Der Problemumfang

Die Indifferenz der Politik steht in einem krassen Gegensatz zum Ausmaß der Umweltschädigungen in Pakistan. 5.000 Industriebetriebe wurden als die wichtigsten Verschmutzer identifiziert. Die meisten unter ihnen haben keine geordnete Müllentsorgung, benutzen noch alte unproduktive Herstellungsverfahren, ohne die Wiederverwendung von Abfallstoffen und ohne schadstoffreduzierende Techniken. Allein in Karachi, dem Wirtschaftszentrum Pakistans, produzieren 2.500 Industriebetriebe täglich tonnenweise Schadstoffe, die vor allem ins Meer abgelassen oder einfach verbrannt werden.

Dieses Szenario dürfte sich noch verschlimmern, wenn es Pakistan tatsächlich gelingt, mehr ausländisches Kapital anzuziehen. Insbesondere im Energiesektor zeichnen sich entsprechende Entwicklungen ab. Allein für Karachi und seine Umgebung wurden Gelder für 16 Kraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt 7.260 MW bereitgestellt. Die ersten sollen noch 1997 in Betrieb gehen. Umweltschützer befürchten jedoch, daß deren Schadstoffausstoß die Luftqualität nochmals in hohem Maße verschlechtern wird. Schon heute emittieren alleine die drei Kraftwerke der 'Karachi Electric Supply Corporation' täglich bis zu 1.500 Tonnen Schwefeloxycid und andere Luftschadstoffe.

Verzögerte Maßnahmen

Umweltprobleme konnten in Pakistan wie Pilzkulturen sprießen, da die Umweltschutzgesetze lange Zeit wegen mangelhafter Institutionen nicht umgesetzt werden konnten. Der Umweltschutzrat (PEPC) als hochrangige Einrichtung mit Entscheidungsbefugnis wurde erst 1984 aufgrund einer Umweltschutzverordnung ('Environmental Protection Ordinance', EPO) gegründet. Entsprechend den Statuten sollte der Umweltschutzrat mindestens zweimal jährlich zusammentreffen, die erste Sitzung fand jedoch erst 1993 statt! Ebenso wurde erst 1992 ein Direktor für die 1983 gegründete, staatliche Umweltschutzbehörde ('Pakistan Environmental Protection Agency', PEPA) bestellt.

Letztlich erließ Staatspräsident Farooq Ahmed Leghari eine Gesetzesnovelle zum EPO, nach der der Premierminister entweder selber den Vorsitz des Umweltschutzrates (PEPC) übernehmen sollte oder eine anerkannte Persönlichkeit da-

für nominieren muß. Diese Novelle war notwendig, da das Umweltschutzrecht (EPO) noch in der Zeit der Militärdiktatur erlassen wurde und der Staatspräsident nominell als PEPC-Vorsitzender bestimmt war. Schließlich wurde Asif Zardari von Benazir Bhutto für diesen Posten ausgewählt.

In Zardaris Amtszeit wurde der Umweltschutzrat reaktiviert; in eineinhalb Jahren wurden allein fünf Sitzungen abgehalten. Zardari zeigte mehr Interesse für Umweltschutzpolitik als alle anderen Politiker, einschließlich seiner Frau Benazir. Die Umweltschutzpolitik sollte einen "großen Schritt voraus" nehmen. Neben der Animation von Schulen und anderer gesellschaftlicher Gruppen zu einem umweltfreundlicheren Lebensstil konzentrierte sich diese Politik auf die Aufforstung, da nur etwa fünf Prozent der Landfläche Pakistans aus Wald besteht.

Daneben wurden auch Maßnahmen zum Schutz bestehender Wälder unternommen. Ein wichtiger Schritt war dabei der Schutz der Wacholderwälder in Baluchistan. Diese haben im Ziarat-Tal eine Fläche von mehr als 915.000 Hektar und sind nach denen in Anatolien die größten Wacholderwälder der Welt. An die Bevölkerung in der Nähe der Wälder wurden deshalb Gaskocher und -flaschen verteilt. Dies erfolgte offensichtlich, um den Brennstoffbedarf der Bevölkerung sichern zu können. Jedoch ist die Nachhaltigkeit dieser Maßnahme sehr unsicher; die Bevölkerung wächst stetig und es sind keine Gelder verfügbar, um neue Kocher und Gasflaschen zu finanzieren.

Eine weitere Maßnahme war das grüne "Facelifting" für die Bundeshauptstadt Islamabad. Erstmals wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Wasserqualität des Rawal-Sees, einem Trinkwasserreservoir am Stadtrand von Islamabad, verbessern sollte. Daneben wurden Pläne zur Privatisierung der städtischen Müllabfuhr ausgearbeitet. Andere Vorhaben sollten den Schadstoffausstoß im Straßenverkehr reduzieren, den Import von Kunststoffmüll einstellen oder die Benutzung von Plastiktüten einschränken. Doch wurde über diese, auf die Hauptstadt konzentrierten Programme das landesweite Umweltproblem übersehen.

Schließlich wurde 1996 auch der Entwurf für ein neues nationales Umweltschutzgesetz ('Pakistan Environmental Protection Act 1996') eingebracht. Dies war das erste Mal, daß der Entwurf eines Umweltschutzgesetzes in Pakistan mit verschiedensten Fachleuten beraten wurde.

Am 1. Juli 1996 wurden die nationalen Umweltstandards ('National Environmental Quality Standards', NEQS) einge-

führt, die in 50.000 Industriebetrieben angewendet werden sollen. Ebenso sollten in allen Betrieben, die nach dem 30. Juni 1994 in Betrieb gingen, Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden. In der ursprünglichen Form waren die NEQS-Grenzwerte offensichtlich jedoch nicht durchführbar. Aus der Sicht des pakistanischen Ledergerbereien wird beispielsweise befürchtet, daß die Umsetzung dieser Umweltstandards die Lederexporte gefährden und auch die Schließung einiger Betriebe verursachen würde.

Die Vereinigung pakistanischer Industrie- und Handelskammern ('Federation of Pakistan Chamber of Commerce and Industry', FPCCI) votierte ursprünglich für eine Verschiebung des Inkrafttretens der Umweltstandards. Später gelang es ihr mit dem Umweltschutzrat eine weniger strenge Auslegung der Regeln auszuhandeln. Danach müssen zur Untersuchung von Betrieben mit gefährlichen Gütern formelle Durchsuchungsbefehle vorliegen. Der FPCCI gelang es zudem, politische Zwangsmaßnahmen abzuwenden. Nun werden Umweltschützer mit öffentlichen Ankündigungen in Tageszeitungen ermahnt, bevor Strafmaßnahmen erlassen werden. Zudem müssen die zuständigen Handels- und Industrieverbände zuvor verständigt werden. Die Strafen für Verschmutzer sollten im ersten Jahr nach Inkrafttreten der NEQS noch moderat ausfallen, dann jedoch jährlich verdoppelt werden.

Der Umweltschutzrat schlug auch vor, die Grenzwerte der NEQS zusätzlich auf öffentliche Unternehmen anzuwenden, da trotz der fortschreitenden Privatisierung noch zahlreiche stark emittierende Betriebe in öffentlichem Besitz bleiben werden. Die Umweltstrafen sollen nach und nach auf das Niveau der Beseitigungskosten durch die Emissionen angehoben werden, so daß die Anwender von umweltfreundlichen Produktionsverfahren keinen Kostennachteil haben.

Zum derzeitigen Stand

Trotz aller Vereinbarungen wurden die NEQS-Grenzwerte nicht wirklich umgesetzt. Asif Shuja Khan, Generaldirektor der nationalen Umweltschutzbehörde, der gemeinsam mit den Umweltämtern der vier Provinzen die Überwachung der Umweltstandards leiten sollte, mußte eingestehen, daß weder der notwendige Sachverstand noch die notwendige Ausrüstung gewährleistet war. Neben dem bundesweiten Umweltlabor in Islamabad gibt es nur kleinere Labore im Punjab und in der Nordwest Grenzprovinz. Für den Sindh ist die Einrichtung eines modernen Labors geplant, und in Baluchistan gibt es bisher kein solches Labor.

Der Mangel an technischen Überwachungsmöglichkeiten sowie der unsichere innenpolitische Übergangszustand haben die Umsetzung der Umweltstandards nahezu ausgesetzt. Nur wenige Grenzwerte wurden tatsächlich erlassen und diese nur auf Kleinbetriebe angewendet. Großbetriebe sind bisher nicht davon betroffen. Basisgruppen im Land beklagen zudem Unregelmäßigkeiten bei den bislang erstellten Umweltverträglichkeitsprüfungen. Umweltstrafen wurden noch keine auferlegt. Allerdings beantragen immer mehr Unternehmen Konzessionen zum Import umweltfreundlicherer Techniken.

Interessanterweise regeln die NEQS-

Grenzwerte nur städtische und industrielle Abwässer, Luftschadstoffe sowie die Abgase und den Lärm von Kraftfahrzeugen. Allgemeine Standards für die Atemluft und die Gewässergüte stehen noch aus.

Unter der Leitung des Übergangs-Regierungschefs Malik Meraj Khalid trat der Umweltschutzrat kein einziges Mal zusammen. Das einzig erfolgreiche Regierungsprogramm ist momentan offensichtlich das 'Social Action Programme', das von der Weltbank unterstützt wird. Da den Umweltgesetzen ein ähnlicher Druck durch internationale Geldgeber jedoch fehlt, bleiben sie trotz umfangreicher Gesetzestexte weitgehend wir-

kungslos.

Viele der Umweltschützer in Pakistan machen auch die Armut für die immensen Umweltverschmutzungen verantwortlich. Da Pakistan in der Rangfolge des "Index der menschlichen Entwicklung" des UN-Entwicklungsprogrammes nur auf Rang 128 von insgesamt 174 Staaten liegt, steht dem Land noch ein langer Weg für Verbesserungen im Umweltsektor bevor.

(Zaffarullah Khan ist ein in Islamabad ansässiger Journalist. Der Beitrag erschien in: 'Down to Earth', Delhi, Febr. 15, 1997. Übersetzung: J. Clemens)

Entwicklung und Umweltauswirkungen in Pakistan

von Syed Jamaluddin

Unkontrollierter Holzeinschlag, Überweidung und Armut stellen die Umweltschutzpolitik im natorlicherweise waldarmen Pakistan vor eine große Herausforderung. Dieser Artikel des Direktors der 'Rural Development Foundation of Pakistan' (RDF) in Islamabad analysiert die komplexe Situation der Wälder in Pakistan und ist im ICIMOD Newsletter (Kathmandu), No. 26, Winter 1996, erschienen. Die Übersetzung übernahm Jürgen Clemens.

Pakistans Naturwälder können in vier Klassen unterteilt werden, alpine und subalpine Wälder, Auenwälder entlang des Indus sowie Mangrovenwälder an der Küste. Daneben gibt es noch Trockenwälder und Buschland in den westlichen Hochländern, und Aufforstungen bedecken in den Provinzen Punjab und Sindh etwa 120.000 Hektar Fläche.

In Pakistan ist noch immer das koloniale Forstgesetz von 1927 in Kraft und regelt die Besitz- und Nutzungsverhältnisse der Wälder. Doch über dessen allgemeine Festlegungen hinaus gibt es für nahezu alle Waldklassen unterschiedliche, meist lokale Nutzungsrechte. Im Fall der Stammeswälder ('tribal forests') bestimmt die örtliche Gemeinschaft mehrheitlich über die jeweilige Waldnutzung. Für das Fällen von Bäumen erhebt jedoch die staatliche Forstverwaltung eine Gebühr ('royalty'), die zur Hälfte an die Gemeinschaft ausbezahlt wird. Diese Gebühren werden von den Holzhändler bezahlt, die auch zu Neuanpflanzungen der jeweils eingeschlagenen Baumarten verpflichtet sind. Jedoch wird diese Auflage nur selten erfüllt.

Die Staatswälder unterliegen allein der staatlichen Forstverwaltung ('Forest Department'), die die kommerzielle Nutzung der Wälder genehmigen muß. Den Bevölkerungsgruppen mit traditionellen Nutzungsrechten wird der Holzeinschlag zu einem ermäßigten Satz gewährt, Holzhändler bezahlen die volle Gebühr je gefällttem Baum. Auch die ehemaligen Adelswälder sind nun Staatswälder, wie etwa in Swat, Dir oder in den "Northern

Areas". Der Bevölkerung stehen jedoch noch ihre traditionellen Waldnutzungsrechte zu, die Genehmigung zum Fällen einzelner Bäume erhalten sie nun von der Forstverwaltung und nicht mehr vom lokalen Herrscher.

Im vergangenen Jahrzehnt kam es in allen Waldklassen zu heftigen Holzeinschlägen. Unkontrollierter Einschlag sowie die intensive Waldweide und die Ausweitung des Ackerlandes führten zum nahezu vollständigen Verlust der Naturwälder in in großen Teilen Pakistan. Insbesondere die zunehmende Nachfrage nach Bauholz steigerte den Druck auf die Naturwälder und machte den Einschlag überall dort profitabel, wo Wälder einfach von Straßen zu erreichen sind.

Nadelwälder in den Gebirgen sind die wichtigsten Waldareale Pakistans in bezug auf den Schutz der Böden und Wasserressourcen. Sie sind zugleich die kommerziell wichtigsten Wälder. Ähnliche Bedeutung unter anderem als Erosionsschutz haben die Auen- und Mangrovenwälder entlang der Flüsse und an der Küste.

Entwaldung in Pakistan

Die Entwaldung im heutigen Pakistan ist jedoch nicht nur ein aktuelles Problem. Schon seit dem letzten Jahrhundert nimmt die Waldfläche mehr und mehr ab, allein in den vergangenen 75 Jahren sank sie von etwa 14 auf nunmehr 5,2 Prozent. Diese Entwicklung setzte vor allem nach dem ersten Weltkrieg ein.